

Bürgerversammlung der Stadt Pforzheim

10. Februar 2010

Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung

-Bernhard Enderes, Personal- und Organisationsamt-

Überblick

1. Ziele der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen
2. Grundlagen kommunaler Haushaltswirtschaft
3. Kurzfristig veranlasste Maßnahmen
4. Maßnahmen zur Verbesserung der Einnahmen
5. Reduzierung laufender Ausgaben
6. Verzicht auf Investitionsmaßnahmen
7. Ausblick

1. Ziele der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen (1)

- Erarbeitung eines genehmigungsfähigen, also rechtmäßigen, Haushalts für die Jahre 2010/2011
- Sicherung der eigenen Leistungs- und Handlungsfähigkeit
- Reduzierung der **Neu**verschuldung
- Vermeidung von Fehlbeträgen
- Geringere Belastung künftiger Generationen
- Langfristig: Schaffung finanzieller Gestaltungsspielräume

1. Ziele der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen (2)

- Finanzwirtschaftliche Zielvorgabe für einen rechtskonformen Haushalt
 - Einsparungen im Investitionsvolumen während des Planungszeitraumes (2010 bis 2013) in Höhe von **100 Mio. €** (Vermögenshaushalt)
 - Reduzierung der laufenden Ausgaben (Verwaltungshaushalt) während des Planungszeitraumes um insgesamt **140 Mio. € oder Einnahmeerhöhung**
- Unter diesen Prämissen hat das Regierungspräsidium eine Genehmigung des Haushaltes signalisiert
- **Die zu erwartenden Belastungen aus so genannten Derivaten sind weder ursächlich für die derzeitige Situation noch sind sie bei den Einsparvorgaben bereits berücksichtigt!**

2. Grundlagen kommunaler Haushaltswirtschaft (als Richtschnur der Konsolidierungsmaßnahmen)

- Verbesserung der Einnahmesituation
 - Steuern
 - Gebühren (soweit nicht bereits kostendeckend)
 - Beiträge
 - Veräußerung von Vermögenswerten
- Reduzierung von Ausgaben
 - Kostengünstigere „Produktion“ durch organisatorische und/oder technische Optimierung
 - Einschränkung von oder Verzicht auf freiwillige Leistungen
 - Rückführung von Qualitätsstandards im Bereich der Pflichtaufgaben
 - Begrenzung der Investitionstätigkeit

3. Kurzfristig veranlasste Maßnahmen (1)

- Anordnung einer Haushalts(Ausgaben-)sperre bereits Mitte 2009
 - d.h. nicht unabweisbare Ausgaben unterbleiben, jede Ausgabenentscheidung bedurfte einer besonderen Freigabe
 - → Verbessertes Rechnungsergebnis 2009
- Stellenbesetzungssperre (6 Monate, schon im Spätsommer 2009)
- Gespräche mit dem Regierungspräsidium zur Abstimmung der Rahmenbedingungen für die Vorlage des Haushalts
- Rücknahme des Haushaltsentwurfs 2010/2011 (da nicht genehmigungsfähig)
- Verschiebung der Haushaltsberatungen um sechs Wochen
- Interne Vorgaben zur Erarbeitung und Einbringung eines genehmigungsfähigen Haushaltsplanentwurfs in die Gremien

3. Kurzfristig veranlasste Maßnahmen(2)

- **Neuer Zeitplan für den Haushalt 2010/2011:**

- Einbringung des Doppelhaushaltes 23. März 2010
- Haushaltsberatungen (Finanzausschuss) 27. bis 29. April 2010
- Verabschiedung durch Gemeinderat 18. Mai 2010

4. Maßnahmen zur Verbesserung der Einnahmen

- Steuererhöhungen
 - Grundsteuerhebesatz von 400 auf 500 Punkte (plus 4,6 Mio. € p.a.)
 - Hundesteuer um 20 % bzw. 25 % (plus 70 Tsd. € p.a.)
 - Gewerbesteuerhebesatz von 380 auf 420 **ab 2012** (plus ca. 4 Mio. € p.a.) im Rahmen der Finanzplanung vorgesehen
- Prüfaufträge an Fachbereiche
 - Anpassung von Beiträgen (Bsp. Kindergartenbeiträge)
 - Erhöhung von Eintrittspreisen (Bsp. Bäder, Theater, Museen)
 - Kostendeckende Gestaltung von Gebühren
- → endgültige Entscheidung obliegt dem Gemeinderat

5. Reduzierung laufender Ausgaben (1)

Ausnahmen von den nachfolgenden Einsparvorgaben:

- Im Sachkostenbereich:
 - Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten
 - Bereits bestehende Schulkindbetreuung
 - Laufende Schuletats (grundsätzlich)
 - Bau- und Straßenunterhaltung zur Sicherung der Grundsubstanz aus Gründen der Wirtschaftlichkeit
 - Wirtschaftsförderung (im engeren Sinne)

5. Reduzierung laufender Ausgaben (2)

Ausnahmen von den nachfolgenden Einsparvorgaben:

- Im Personalkostenetat:
 - Die Bereiche Bildung, Erziehung und Soziales soweit sich Stelleninhalte auf die erzieherische, sozialpädagogische, sozialarbeiterische und/oder pflegerische Betreuung von Kindern, Jugendlichen oder sozial bedürftigen Personen beziehen.
 - Der engere Bereich der Wirtschaftsförderung

5. Reduzierung laufender Ausgaben (3)

- Anweisung an Fachbereiche die Sachausgaben und Zuschüsse um durchschnittlich netto 15% zu reduzieren
 - Laufende Betriebskosten der Verwaltung
 - Zuschüsse an Vereine und Verbände (ab 2011)
 - Überprüfung aller vertraglichen Beziehungen
- Dauerhafte Reduzierung der Personalausgaben um 3,5 Mio. €
 - Verlängerung der Stellenbesetzungssperre (12 Monate)
 - Verzicht auf Vertretungsbesetzungen im Falle langfristiger Personalausfälle
 - Nachhaltige Reduzierung von Planstellen
 - Keine Verlängerung von Zeitverträgen

5. Reduzierung laufender Ausgaben (4)

- Klare Priorisierung von Aufgaben unter- und gegeneinander
 - Unverzichtbares muss erhalten,
 - Notwendiges vielleicht zurückgestellt und
 - Wünschenswertes gestrichen werden
- Nachhaltige Verbesserungen durch konstruktive Aufgabenkritik
 - Absenkung von Standards im Pflichtbereich
 - Reduzierung oder völliger Verzicht auf Aufgaben (freiwillig)
 - Teilweise oder vollständige Schließung einzelner kommunaler Einrichtungen
- Alles muss auf den Prüfstand mit dem Ziel, die Stadt auch für künftige Generationen lebens- und lebenswert zu erhalten!

Bürgerversammlung 2010 -Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung-

6. Verzicht auf Investitionsmaßnahmen (1)

Bezeichnung der Finanzposition	2013	2012	2011	Plan 2010	Plan 2009	Hinweis
Beschaffungen EDV	0	0	0	100.000	0	einmalig
Erweiterung Hauptfeuerwache	205.000	300.000	30.000	0	0	
Schulkindbetreuung Dillweißensteinschule	915.000	0	0	0	0	
Inselgrundschule Ganztagesbetreuung	0	200.000	605.000	200.000	60.000	
Inselhauptschule Sporthalle	420.000	1.000.000	2.000.000	150.000	0	
Nordstadtschule incl. Außenanlagen	4.370.000	4.500.000	4.000.000	450.000	150.000	
Neubau Sporthalle	?	?	?	?	?	Betrag noch offen
Theater Erneuerung Bühnentechnik	-347.000	-573.000	733.000	187.000	0	Verschiebung 1 Jahr
Investitionszuschuss Paul Gerhard Heim	10.000	77.000	77.000	77.000	0	7 statt 5 Jahre
Inv. Seniorenresidenz Bergdorfhalle			100.000	100.000		2 Jahre strecken
Kunstrasen, Sportanlage Buckenberg	0	0	0	396.000	0	

Bürgerversammlung 2010 -Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung-

6. Verzicht auf Investitionsmaßnahmen (2)

Bezeichnung der Finanzposition	2013	2012	2011	Plan 2010	Plan 2009	Hinweis
Kunstrasen Hinteres Tal	408.000	0	0	0	0	Nettobetrachtung!
Sportanlage Holzhof	0	0	550.000	0	100.000	Nettobetrachtung!
Verbesserung Kinderspielplätze	100.000	100.000	100.000	100.000	66.000	
Planungen Gebäude KF 48	0	0	0	50.000	0	
Sanierungsgebiet Bleichstraße / EFRE	3.187.000	4.097.000	5.548.000	6.989.000		Nettobetrachtung! Nicht EFRE selbst!
Schaffung preiswerterer Wohnraum	0	0	312.000	312.000	312.000	
Maihaldensteg	216.000	400.000	0	0	33.000	
Umgestaltung Liebeneckstraße	630.000	630.000	0	0	0	
Nieferner Sträßchen	507.000	0	0	0	0	Nettobetrachtung!
Kelterstraße Hofklamm	250.000	730.000	0	50.000	50.000	Nettobetrachtung!

Bürgerversammlung 2010 -Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung-

6. Verzicht auf Investitionsmaßnahmen (3)

Bezeichnung der Finanzposition	2013	2012	2011	Plan 2010	Plan 2009	Hinweis
Kelterstraße Wildergrund	621.000	0	0	0	50.000	Nettobetrachtung!
Verschiedene sonstige Straßensanierungen	814.800	589.200	330.000	28.000	4.000	Nettobetrachtung!
KVP Hohenzollernstraße	0	0	402.000	350.000	0	
Verschiedene Staffelanlagen	0	261.000	265.000	0	0	
Bahnhofsunterführung West und Ost	1.120.000	1.030.000	80.000	70.000	0	
Haltepunkt Dillstein	0	0	500.000	0	20.000	
Sanierung Marktplatz Süd	-70.000	60.000	440.000	44.000	0	Nettobetrachtung!
Sanierung Tiefgarage Marktplatz Süd	541.000	380.000	794.000	123.000	0	Nettobetrachtung
ZOB, Sanierung Parkhaus	-100.000	2.230.000	940.000	0	479.000	
Friedhofskapelle Dillweißenstein	0	300.000	600.000	27.000	0	

6. Verzicht auf Investitionsmaßnahmen (4)

- Diese genannten Einsparvorschläge erreichen in Summe zwischen **70 und 75 Mio. €**
- Die vom Regierungspräsidium vorgegebene Einsparsumme von **100 Mio. € -Investitionen-** wird damit **deutlich verfehlt**
- Es gibt also noch einiges nachzuarbeiten, auch die bislang verschonten Vorhaben müssen erneut kritisch beleuchtet werden
- Diese Aussage gilt sinngemäß auch für den Bereich der laufenden Ausgaben; die vorgegebenen **140 Mio. €** sind lange nicht erreicht

7. Ausblick

- Die Sanierung des Haushaltes wird einige Jahre beanspruchen
- Wir alle, Bürgerinnen und Bürger als auch die Verwaltung, brauchen einen langen Atem, um diesen Marathon zu laufen
- Es wird für alle spürbare Einschnitte geben
- Der wirtschaftliche Aufschwung muss kräftig sein, andauern und wird erst zeitlich versetzt für uns wirksam
- Wir müssen unsere strukturellen Probleme überwinden und eigene Steuerkraft nach Pforzheim bringen
- Sozialleistungen müssen spürbar und dauerhaft gesenkt werden
- Bei allen Betrachtungen sind weder die Auswirkungen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes noch die Risiken der Derivatgeschäfte berücksichtigt

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit....
....Themawechsel

Bürgerversammlung der Stadt Pforzheim 10. Februar 2010

Derivative Geschäfte der Stadt Pforzheim -Kurzinformation, aktueller Sachstand-

-Bernhard Enderes, Personal- und Organisationsamt-

1. Was ist ein Derivat?

- Ein Derivat ist **keine** Geldanlage!
- Derivate werden benutzt um ein **bestehendes** Kreditportfolio zu optimieren und gegen Kurs oder Zinsänderungsrisiken ganz oder teilweise abzusichern
- Sie sind sowohl in der freien Wirtschaft als auch im öffentlichen Bereich ein gängiges und bewährtes Instrument
- Die seitens der Stadt Pforzheim abgeschlossenen Verträge haben ein ungleich verteiltes Chancen-Risikoprofil sowie beträchtliche (hoch) spekulative Elemente
- Diese Geschäfte sind für den Bereich der öffentlichen Verwaltung **nicht** zulässig!

2. Wann werden Zahlungen fällig?

- Wenn wir nichts tun zu folgenden Daten:
 - 17. März 2014 17,355 Mio. €
 - 17. März 2015 19,650 Mio. €
 - 16. März 2016 19,950 Mio. €
 - 15. März 2017 20,550 Mio. €

} 77,505 Mio. €

- Hierbei handelt es sich um die maximale Zahlungshöhe

3. Sind diese Zahlungen endgültig?

- Nein, es handelt sich um den „worst case“
- Daneben besitzt die Stadt die Möglichkeit an den genannten Stichtagen Optionen gegenüber der Bank auszuüben; je nach Wert dieser Optionen am jeweiligen Stichtag könnte die Nettozahlung der Stadt geringer ausfallen
- Derzeit sind diese Optionen 11,29 Mio. € wert; zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses (2007) waren sie etwa 35 Mio. wert.
- Diese Optionen haben extrem spekulativen Charakter; sie beziehen sich auf unterschiedliche Währungs- und Zinsmärkte
- Das Risiko der Stadt besteht also noch darin, diesen Restwert der Optionen komplett zu verlieren

4. Durfte die Stadt diese Geschäfte abschließen ?

- Nein, dies war definitiv nicht zulässig!
- Auch das Festhalten an den Geschäften würde nach unserer Auffassung gegen geltendes Recht (Bsp. kommunales Spekulationsverbot) verstoßen
- Daneben würden wir bewusst weitere 11,29 Mio. € aufs Spiel setzen

5. Durften Banken diese Geschäfte einer öffentlichen Verwaltung anbieten ?

- Nein, auch dies war -jedenfalls nach unserer Rechtsauffassung- absolut nicht zulässig!

6. Wie wollen wir weiter vorgehen? (1)

- Wir wollen und müssen auf den Boden des geltenden Rechts zurückkehren!
- Das bedeutet, alle Papiere sind aufzulösen und die daraus resultierende Zahlungsverpflichtung von derzeit rund 56 Mio. € sind gegenüber J.P. Morgan zu begleichen
- Die Zahlungen werden unter dem Vorbehalt der Rechtmäßigkeit der Geschäfte geleistet → keine Aufgabe unserer Rechtsposition
- Die Stadt Pforzheim vertritt die Auffassung, dass diese Geschäfte von Anfang an unwirksam waren und somit „neutral“ für die Stadt Pforzheim rückabzuwickeln sind
- Die Chancen eines Rechtsstreits lassen wir derzeit von einem unabhängigen Gutachter untersuchen

6. Wie wollen wir weiter vorgehen? (2)

- Daneben klären wir mit dem Regierungspräsidium Karlsruhe die Frage der Genehmigungspflicht der Geschäfte
- Hieraus könnten sich zusätzliche Hinweise für eine mögliche rechtliche Auseinandersetzung mit den Banken ergeben
- Ergänzend klären wir mit dem Regierungspräsidium die Voraussetzungen für eine Finanzierung der Zahlungsverpflichtungen bei Auflösung der Geschäfte

6. Wie wollen wir weiter vorgehen? (3)

- Es werden selbstverständlich Gespräche zwischen der Stadt Pforzheim und den Banken mit dem Ziel einer außergerichtlichen Einigung geführt
- Die Verwaltung wird dem Gemeinderat über die Entwicklung weiterhin regelmäßig berichten und die Beendigung der rechtswidrigen Geschäfte vorschlagen

Bürgerversammlung 2010 -Kurzinformation Derivate-

**Jetzt aber endgültig von meiner Seite:
Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit**